LAHN-DILL KURIER

Nachrichten aus dem Lahn-Dill-Kreis **Ausgabe 2, April/Mai 2022**

Kommt nach Agenda 2010 jetzt die Agenda 2030?

Hartz IV, Leiharbeit, Sanktionen (etc.) haben Millionen Menschen in die Armut geschickt.

Nun liegen Pläne für eine neue Agenda 2030 auf dem Tisch. Was uns möglicherweise droht, fasst Michael Kraft auf Seite 2 zusammen.

STAND WITH UKRAINE

Putins brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine muss gestoppt werden. Warum 100 Milliarden Euro für Aufrüstung dennoch falsch sind, lesen Sie auf Seite 10.

Wer soll das noch bezahlen!?

Die Preise für Strom, Energie und Benzin gehen durch die Decke und die Bundesregierung bleibt weitgehend plan- und tatenlos. Spürbare Entlastungen für die, die am stärksten betroffen sind, lassen auf sich warten. Was nun lokal zu tun ist, lesen Sie auf Seite 4.

Abgeordneter der AfD Lahn-Dill demonstriert gemeinsam mit Rechtsterroristen der Neonazi-Partei "Der Dritte Weg"

Alles dazu auf Seite 3!

Interview mit Joachim Schaefer von hessencam
über seine Arbeit, die Gefahren für Journalisten und die lokale Querdenken-Szene

Der Plan für eine Agenda 2030

von Michael Kraft

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordern in einer gemeinsamen Stellungnahme von der Ampel-Koalition eine neue Agenda 2030, angelehnt an die Hartz-„Reformen“ unter Schröders rot/grüner Regierung.

Dieser Forderungskatalog lässt Schlimmes erahnen:

Ein Verzicht auf Steuererhöhungen, wie es die Koalition bereits in ihrem Vertrag festgeschrieben hat, kommt natürlich in erster Linie den Kapitalisten entgegen. Der soziale Ausgleich, den Sozialdemokraten und Bündnisgrüne noch im Wahlkampf forderten, ist somit vom Tisch und die Schere zwischen Arm und Reich wird sich weiter spreizen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Unternehmerverbände ist die Forderung nach einem „marktwirtschaftlichen Umweltschutz“. Hinter dieser Formulierung verbirgt sich der Wunsch, dass Klimaziele möglichst durch „freiwillige Verpflichtungen“ der Industrie erreicht werden soll. Sprich: Es darf die Firmen nichts kosten und die steuerzahlende Allgemeinheit soll für die Schäden an Umwelt und Natur aufkommen.

Das Arbeitszeitrecht ist den Unternehmer*innen ein weiterer Dorn im Auge. Hier wird eine „Öffnungsklausel“ angestrebt, die nichts anderes als den Angriff auf den 8-Stunden-Tag bedeutet. Der Wunsch, fortan nach Wochenarbeitszeiten zu rechnen, bedeutet, dass künftig 10, 12 oder 16 Stundenschichten möglich wären, und die Werktätigen wären wieder vom Gutdünken der Arbeitgeber abhängig, wie und ob Familienleben oder Freizeit möglich sind. Ganz unverhohlen wird jetzt auch wieder das Renteneintrittsalter unter Beschuss genommen. Um die Sozialversicherungsbeiträge unter 40% zu halten, wird eine „Flexibilisierung“ der Altersgrenze gefordert. Hier gilt: Niedrige Beitragssätze bei mehr älteren Menschen ergeben niedrigere Renten oder den indirekten Zwang, länger zu arbeiten, um im Alter nicht in die Armutsfalle zu geraten.

Darum bereits jetzt im Vorfeld: Den Widerstand dagegen organisieren!

AfD-Abgeordneter demonstriert gemeinsam mit der rechtsextremistischen NS-Partei „Der III.Weg“

Wie Dokumentationen von hessencam belegen, hat Karl-Heinz Bellinghausen am 29.04.2016 an einer Demo, zu der auch die neonazistische Partei „Der Dritte Weg“ [1] mobilisierte, in Haiger teilgenommen. [2]

Bellinghausen sitzt seit 2021 für die AfD im Kreistag Lahn-Dill und fällt dort regelmäßig durch menschenverachtende und demokratiefeindliche Äußerungen auf. So bezeichnete er z.B. die sexuelle- und körperliche Selbstbestimmung von Frauen als „Kultur des Todes“, arbeitete sich mehrfach an der Presse mit der inflationären Verwendung von Begriffen wie „Lügenpresse“ oder „Systempresse“ ab und tätigte regelmäßig Zwischenrufe, dass Impfungen für Kinder "Mord" seien.

Aus AfD-Kreisen wurde bestätigt, dass Bellinghausen bereits 2016 Mitglied der AfD war. Somit stellt sich natürlich erneut die Frage, inwieweit auch die lokale AfD der parlamentarische Arm des Rechtsterrorismus ist, nachdem bereits Anfang Januar die Kreistagsabgeordnete Jacqueline Hermann an der Seite des NPD-Abgeordneten Hantusch mit den Querdenkenden durch Herborn marschierte und es offensichtlich keine „Berührungsängste“ gab.

Es ist nichts Neues, dass die AfD immer wieder im Umfeld des militanten Rechtsterrorismus auftaucht. So war beispielsweise der Mörder von Dr. Walter Lübcke ein Wahlkampfhelfer der AfD oder der Attentäter von München 2016 Anhänger der Partei. Nun gilt es die Verstrickungen der AfD im Lahn-Dill-Kreis mit dem III.Weg und andere neonazistische Bezüge genauer zu beleuchten und aufzuarbeiten.

Fakt ist jedoch, dass ein Abgeordneter wie Bellinghausen eines jeden Parlaments unwürdig – selbst für AfD-Verhältnisse - und eine sofortige Niederlegung des Mandats das Mindeste ist!
Wer auf einer Demo neben einer Partei, die sich selbst in der Tradition des National-sozialismus sieht, klatscht, hat in keinem Parlament (bzw. dem Kreistag) etwas verloren!

Belege:
[1] DER DRITTE WEG, Bundeszentrale für politische Bildung: https://www.bpb.de/themen/parteien/wer-steht-zur-wahl/europawahl-2019/289282/der-dritte-weg-iii-weg/
[2] Bellinghausen in Haiger 2016, hessencam: https://www.youtube.com/watch?v=NpmyB3IYYcw&t=58s
[3] Hermann und Hantusch in Herborn (z.B. ab 11:05min), hessencam: https://www.youtube.com/watch?v=i2TS9L1HQDg

Gestiegene Energiepreise: Linksfraktion im Kreistag stellt mehrere Anträge zur Entlastung!

Nicht erst seit Putins Einmarsch in die Ukraine schnellen die Preise für Strom, Energie und Benzin in ungeahnte Höhen. Für viele Menschen mit geringen und mittleren Einkommen ist die Schwelle des finanziell Stemmbaren bereits weit überschritten. Die Ampel-Koalition im Bund versäumt es bisher, wirklich wirksame Entlastungen zu verabschieden, und begnügt sich mit Symbolpolitik auf dem Rücken der Bürger*innen.

So soll bspw. die EEG-Umlage im Sommer abgeschafft werden, gerade einmal 3,7 Cent Entlastung pro kWh. Für uns ist klar: Energie ist ein Grundbedürfnis. Wenn der Weg zur Arbeit zur Kostenfalle oder Frieren Alltag wird, dann ist die Politik in der Bringschuld.

Für eine Abfederung der Auswirkungen stellt die Linksfraktion im Kreistag Anträge und Anfragen, um im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Entlastung zu schaffen.

Kosten der Unterkunft: Die enormen Preissteigerungen im Energiesektor betreffen auch Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen. Schon im Jahr 2018 betrug die Differenz zwischen den übernommenen und den tatsächlich anfallenden Heizkosten im Lahn-Dill-Kreis 1.336.495 Euro, die die Leistungsempfänger*innen aus dem dafür nicht vorgesehenen Regelsatz selbst zahlen mussten. Deshalb fordert die Linksfraktion u.a., dass die Werte zur Berechnung der angemessenen Kosten an die aktuelle Preisexplosion angepasst werden, um hohe Nachforderungen für die finanziell Schwächsten zu verhindern.

Energiesperren: Aus Sicht der Linksfraktion sind Strom- und Energiesperren in einem derart reichen Land wie Deutschland eine Schande. Im Jahr 2019 waren bundesweit 289.000 Haushalte von Stromsperren betroffen – angesichts der steilen Preisentwicklung kann damit gerechnet werden, dass sich diese Zahl dramatisch erhöht. Um hier frühzeitig handlungsfähig zu sein, hat die Linksfraktion im Kreistag eine Anfrage eingebracht, damit alle möglichen Spielräume zur Verhinderung von Sperren ausgelotet werden können.

Grüner Dezernent erteilt Naturschutzbeirat Maulkorb

In den letzten Wochen und Monaten wurden der Regionalplan und die dort festgelegten Flächenversiegelungen kontrovers diskutiert. Aus Sicht der Linksfraktion muss die Politik des unendlichen Flächenfraßes ein Ende haben. SPD, Grüne und FDP sehen das anders. Um mögliche unangenehme Forderungen nach mehr Nachhaltigkeit und Umweltschutz zu verhindern, untersagte der grüne Dezernent Heinz Schreiber dem Naturschutzbeirat, eine eigene Stellungnahme abzugeben. **Skandalös!**

Anliegen? Ideen? Probleme?
Kontaktieren Sie uns: kreistagsfraktion@die-linke-ldk.de

1 Jahr Oppositionsarbeit in Wetzlar: Dom-Parkhaus, Tierheim, Münchholzhausen-Nord

Bericht von Hermann Schaus, Stadtverordneter DIE LINKE.

Bis zur Koalitionsbildung im Herbst 2021 fand nur wenig parlamentarische Arbeit statt. Erst danach wurden die Gremien neu besetzt. Deshalb gibt es zwar seit knapp einem Jahr eine neue Stadtverordnetenversammlung, aber die eigentliche Parlamentsarbeit startete erst nach der Sommerpause. Unsere Oppositionsarbeit begann dann natürlich auch erst im Herbst, als klar war, dass unsere Beteiligung an der Koalition, insbesondere an der SPD, gescheitert war.

Dafür, dass wir erstmals als Fraktion im Stadtparlament mit nun drei Abgeordneten vertreten sind – im Gegensatz z.B. zur CDU-Fraktion mit immerhin 16 Mitgliedern – finde ich, haben wir als LINKE bereits einiges in Bewegung gebracht.

Ich erinnere nur an die noch laufende Debatte zu den zu großen Neubaugrundstücken im Baugebiet Schattenlänge oder die Verbesserung der Vergaberichtlinien für Baugrundstücke an junge Familien. Bereits nach der Sommerpause haben wir mit unserem Antrag zur Abstimmung aller Wetzlarer Bürger*innen zum umstrittenen Parkhaus in der Altstadt durch ein Vertreterbegehren, welches gemeinsam mit der Bundestagswahl am 26.09.21 hätte durchgeführt werden sollen, auf uns aufmerksam gemacht. Unsere damalige Initiative hat offenbar jetzt auch zum Umdenken in der neuen Koalition und damit zu mehr Bürgerbeteiligung bei neuen Projekten geführt.

Für unsere jüngsten Überlegungen zu Musikfestivals an mehreren Samstagen im Jahr, auf jeweils mehreren Bühnen in der Altstadt haben wir viel Unterstützung erfahren, und bei unserem Haushaltsantrag zur Erhöhung des städtischen Zuschusses für das Wetzlarer Tierheim sah sich die Koalition sogar zur Einbringung eines fast wortgleichen Antrages gezwungen. **Was will man als Opposition mehr!**

Nach wie vor stehen wir in Kontakt mit verschiedenen Bürgerinitiativen, den Gewerkschaften und weiteren gesellschaftlichen Gruppen, denen wir im Stadtparlament eine Stimme geben wollen. Wir entscheiden bei allen Abstimmungen sachorientiert und haben deshalb kein Problem damit, auch mit der CDU z.B. gegen den Bau des Gewerbegebietes Münchholzhausen-Nord zu stimmen. Im Parlament arbeiten wir gerne mit allen demokratischen Parteien zusammen, was die AfD und den NPD-Vertreter ausschließt.

Wir werden auch von immer mehr Organisationen als DIE Oppositionspartei wahrgenommen. Die Anforderungen und Erwartungen an unsere kleine Fraktion sind daher sehr hoch. Wir und unser neues Magistratsmitglied werden auch weiterhin in der Stadtverordnetenversammlung, in den Ausschüssen, in den zahlreichen Gremien, aber auch außerparlamentarisch in Wetzlar unser Bestes geben!

Kontakt zu unserer Wetzlarer Stadtverordnetenfraktion:
info@die-linke-stadtfraktion-wetzlar.de

Joachim Schaefer (hessencam) im Interview

Joachim Schaefer (60) arbeitet als Pastoralreferent in der kath. Domgemeinde Wetzlar und leitet seit 2011 das Jugendmedienprojekt „hessencam“. Aufgrund seines Engagements „gegen rechts“ wurde seine Familie 2010 Opfer eines rechtsextremen Brandanschlags. Vier Neonazis wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Dennoch fehlt Schaefer auf keiner rechtsextremen Demo und hält die Aufmärsche, Reden und Zusammenhänge stets mit seiner Kamera fest.

Das komplette Interview auf lahn-dill-kurier.de

Du bist der „Mann hinter dem Videoprojekt hessencam“. Fass uns doch mal bitte kurz zusammen, was Du machst bzw. Ihr macht und wie es dazu kam?

Bis 2011 gab es das „Jugendnetz Wetzlar“, eine Medienwerkstatt für Jugendliche im Wetzlarer Stadtteil Westend. Weil sich aber Hans-Jürgen Irmer (CDU) und Boris Rupp (ehemals REP-, dann CDU-, später FWG- und heute FDP-Mitglied) bei der Bistumsleitung beschwert hatten, wurde das Projekt auf Anordnung von Bischof Tebartz-van-Elst verboten. Mir wurde ein politisches Redeverbot erteilt.
Dann kam 2012 der Hessentag nach Wetzlar. Mit knapp 30 Jugendlichen dokumentierten wir die zahlreichen Aktionen. Hier entstand der Name „hessencam“. Ein Jahr später musste Tebartz-van-Elst zurücktreten, sodass ich wieder mehr Freiheiten bekam.
hessencam ist nicht nur eine Plattform gegen Rechts. Im Mittelpunkt unserer Bemühungen steht die Förderung der Demokratie bzw. das gesellschaftliche Miteinander auf der Grundlage der Menschenrechte. Dazu gehört es auch, die Knackpunkte und Fehlformen zu thematisieren oder zu problematisieren.

Und dabei bist Du nicht nur außerordentlich fleißig – immerhin sind bereits knapp 4700 Videos entstanden – sondern auch erfolgreich. Über 7,5 Millionen Klicks sprechen eine eindeutige Sprache. Aber dieses Engagement birgt natürlich auch Gefahren. Warst Du Dir dessen anfangs bewusst? Und wie gehst Du damit heute um?

Es gibt so Phasen. Vor 7 Jahren, als hier gefühlt alle vier Wochen eine Neonazi-Demo stattfand, da ist man besonders sensibel. Man guckt sich häufiger mal um, ob man abends auf dem Nachhauseweg verfolgt wird. Zurzeit ist wieder eine Radikalisierung zu beobachten. Einschüchterungsversuche mehren sich gerade. Das sind Zeiten, in denen man sich fragt, ob man mehr Feind*innen als Freund*innen hat.

Darüber hinaus vermeide ich es, Jugendliche in die direkte Konfrontation mit den Rechten hineinzuziehen, denn das Filmen ist schon auch gefährlich.
Ich hoffe, dass dieses Corona-Thema jetzt langsam abebbt. Man darf auch nicht vergessen, dass die Anti-Corona-Debatte Gott sei Dank nur von einer kleinen Minderheit gefüttert wird. Mit den Geflüchteten aus der Ukraine stehen andere Probleme auf der Tagesordnung, die mehr Beachtung verdient haben.

Mehr von hessencam gibt es auf hessencam.de, auf Youtube und Twitter (@hessencam)! Unbedingt vorbeischauen!

hessencam.de ...ziemlich abgedreht

Besondere Anfeindungen gibt es seit jeher auch aus dem Lager der CDU-Lahn-Dill. So bezeichnete Dich der Kreisvorsitzende, Hans-Jürgen Irmer, mehrfach als „Linksextremisten“ und versuchte auch bei Deinen Vorgesetzten Druck zu machen. Sind eigentlich christliche Werte wie „Nächstenliebe“ und „Respekt“ in der CDU-Lahn-Dill Fremdworte?

Wenn Herr Irmer mich als „rotlackierten Faschisten“ beleidigt, dann fällt das in die christliche Kategorie der Sünde.
Nächstenliebe ist ein sehr hoher Anspruch, dem ich selbst oft nicht immer nachkomme. Von der CDU habe ich das vielleicht in meiner Kindheit erwartet, weil ich die Bedeutung des Parteinamens ernst nahm. Heute erwarte ich von der CDU nicht selbstverständlich christliches Engagement. Ich bin eher überrascht, wenn ich in der CDU Menschen begegne, die sich z.B. für Geflüchtete oder Menschenrechte engagieren. Ähnlich geht es mir aber auch bei manchen Vertreter*innen der SPD, die dem Namen ihrer Partei nicht gerecht werden.

In den letzten Wochen und Monaten hat sich Dein Fokus auf die Dokumentation der lokalen Querdenken-Bewegung verlagert? Wie schätzt Du diese hier ein?

Meine persönliche Einschätzung ist folgende: Rund 50% der Querdenker*innen sind „PEGIDA-Leute“. Damit meine ich Menschen, die von einer starken Unzufriedenheit, einem latenten Rassismus und einem immensen Sozialneid getrieben werden. Persönliche Verlusterfahrungen, Unzufriedenheit mit dem Staat sind zentrale Motive. Über Jahre waren sie politisch eher passiv. Ähnliche „Ventil-Phänomene“ konnte ich in der deutschen „Gelbwesten-Bewegung“ vor ca. drei Jahren beobachten.
Ca. 30% würde ich als Esoteriker*innen und religiöse Fundamentalist*innen bezeichnen. Die Krisenerfahrung bestätigt sie in den vielfältigen Endzeitfantasien und Verschwörungsideologien. Rund 20% sind meiner Meinung nach Rechtsradikale, von denen ich die Hälfte gar als rechtsextrem, gefährlich und gewaltbereit einstufen würde, die ganz stark versuchen, diese Krise für sich auszunutzen.
Was fast allen gemein ist, ist der Wunsch, dass der Staat „den Karren vor die Wand fährt“. Es herrscht eine eigenartige Schadenfreude über Misserfolge des eigenen Landes. Diese Denkweise, die mir völlig fremd ist, macht mir tatsächlich Angst, weil sie die parlamentarische Demokratie in Frage stellt. Hier setzt meine Kritik an. Am versuchten Reichstagssturm waren nur wenige aktiv beteiligt, aber ein großer Teil der Szene hat die Aktivist*innen gefeiert. In vielen Telegram-Gruppen sind die Umsturzfantasien zu finden. Das kann man nicht so stehen lassen und muss es sichtbar machen.

Wie man in vielen Deiner Videos sieht, wirst Du bei Deiner Tätigkeit nicht selten angepöbelt, bedrängt und teilweise auch körperlich angegangen. Was würdest Du Dir hier von Polizei, Versammlungsbehörde oder auch „der Politik“ wünschen?

Mein kindlicher Wunsch wäre, dass ich beschützt werde. Und das fehlt. In vielen kritischen Momenten ist schlicht keine Polizei da. Oft bekomme ich dann auch noch von der Polizei den Vorwurf, dass ich provozieren würde. So nach dem Motto: Sobald der Schaefer kommt, gibt’s Ärger.
Das sind öffentliche Veranstaltungen, die ich dokumentiere. Die Polizei muss offensiv die Pressefreiheit schützen und Angreifer*innen abweisen. Oft habe ich das Gefühl, dass man nicht nur die Querdenker*innen nervt, sondern auch die Polizei. Und das muss wirklich nicht sein, weil die Polizei damit auch meine Arbeit als Journalist einschränkt und stört. Es gibt dort so viele demokratiefeindliche Reden, von denen niemand etwas mitbekommen würde. Leider bestehen große Defizite beim Schutz von Journalismus und Pressefreiheit im Rahmen dieser Veranstaltungen und da muss sich dringend was ändern!

Das vollständige & ungekürzte Interview gibt es auf lahn-dill-kurier.de

Die Arbeit der Flüchtlingshilfe Mittelhessen - ein Portrait

- Radio, Facebook, Internet – die Katastrophenmeldungen überschlagen sich: Krieg in Bosnien, im Iran, im Irak, in Syrien, in der Ukraine. Die unmittelbaren Folgen: Flüchtlingsströme bis nach Deutschland, Hessen, Lahn-Dill-Kreis, Wetzlar,...

- *Wie kann ich meine Familie aus den Krisengebieten dieser Welt zu mir holen? – 5 Jahre habe ich sie nicht gesehen...*

- *Ich kann lateinische Buchstaben nicht lesen und schreiben. Ich brauche Nachhilfe in Mathe und Englisch, einen Deutschkurs für Mütter mit Kinderbetreuung, einen Kindergartenplatz, Hilfe bei Bewerbungen, bei der Wohnungssuche, beim Ausfüllen der unendlich vielen Formulare, einen Dolmetscher beim Arzt, beim Gericht, beim Elternabend...*

Dies sind nur einige Schlaglichter auf die vielfältigen Arbeitsgebiete, mit denen sich die Flüchtlingshilfe Mittelhessen seit genau 35 Jahren beschäftigt – und zwar als unabhängige, überparteiliche und konfessionell ungebundene NGO mit ehrenamtlicher Leitung.

Dabei stellen ehrenamtliche Mitarbeiter*innen, die selbst Flüchtlinge waren, einen erfreulich hohen Anteil. Weiterhin gibt es einige Festangestellte, die als professionelle Projektleiter*innen spezielle Arbeitsbereiche leiten. Finanziert wird die Flüchtlingshilfe durch regelmäßige und auch unregelmäßige Spenden.

Ansonsten gilt es, sich in den alljährlichen Dschungel der Projektanträge zu stürzen, denn weder Stadt noch Kreis beteiligen sich an der Finanzierung. Dieser Nachteil ermöglicht wiederum der Flüchtlingshilfe eine klare Unabhängigkeit – die sie im Gegensatz zu den Kolleg*innen der Caritas, Diakonie, AWO, IB u.a. als Chance nutzen kann, indem sie sich stets politisch und oft gegen den Strich äußern kann.

Doch der größte Vorteil ist, dass diese Unabhängigkeit, gepaart mit jahrzehntelanger Erfahrung ein ganz schnelles Reagieren auf und in Krisensituationen ermöglicht – so wie leider aktuell in der Ukraine-Katastrophe.

Hier gilt: Statt Kleider besser gleich Geld für die vielen kleinen und großen Ersthilfe-Aktionen sammeln, um sofort Informations- und Vermittlungsstrukturen aufzubauen und diese breit zu kommunizieren. Denn in jedem Katastrophenfall herrscht anfangs immer ein völliges Chaos. Deshalb gilt es, Hilfsangebote mit Hilfebedarf zu vernetzen. Dies ist eine ungemein zeit- und ressourcenintensive Arbeit im sogenannten „Hintergrund“, die praktisch stündlich flexibel auf sich verändernde Lageeinschätzungen reagieren muss. Die professionellen Flüchtlingshelfer*innen wissen dies ebenso wie, dass diese Arbeit die Grundlage für effektive Hilfe ist.

Ein Text von Bettina Twrsnick,
Vorstand Flüchtlingshilfe Mittel-hessen e.V.

Kontakt: info@fluechtlingshilfe-mittelhessen.de
Telefon: 06441 8055 898

Sie haben selbst Fluchterfahrung?
Gerne bieten wir Ihnen Platz, Ihre Geschichte zu erzählen!
Kontaktieren Sie uns unter kreisverband@die-linke-ldk.de!

Eine Friedenskundgebung, die keine war

Die Junge Union Wetzlar hat offenbar mit Friedenskundgebungen keine Erfahrung. Sie und teilweise die anderen Parteien haben die Notlage von Ukrainer*innen in der Ukraine und hier schamlos für ihre Politik ausgenutzt.

Wie sonst sind die auf der Kundgebung verkündeten politischen Forderungen zu erklären und dass DIE LINKE als Mitveranstalterin ausgeschlossen wurde? Hier soll nicht der gleiche Fehler gemacht werden, nun LINKE Alternativvorschläge zu präsentieren. Nur so viel: Es gibt legitime alternative Ansätze zu Waffenlieferungen und Kriegsrhetorik. Doch einen Pazifismus für illegitim zu erklären und einer Partei der Friedensbewegung die Teilnahme an einer Friedenskundgebung zu versagen, ist unangemessen. Das wurde aber getan. Die Begründung, man befürchte, so hätten jene eine Stimme, die sich auf Seite des Aggressors Putin stellen würden, ist hanebüchen. In der Lahn-Dill-LINKEN gibt es nicht ansatzweise solche Stimmen, ganz im Gegenteil.

Statt eigene politische Ziele zu verkünden, hätte der Fokus klar auf Ukrainer*innen, die nun zu uns kommen, liegen sollen. Es wäre solidarisch gewesen, an die Teilnehmenden zu appellieren, möglichst breite Unterstützung bereitzustellen, und Friedenslieder zu spielen.
Doch bevorzugt wurde die CDU-Parteipolitik. Dass den Christdemokraten die ukrainischen Flüchtenden am Herzen liegen, darf aufgrund ihrer Ignoranz von Menschenrechtsverletzungen an Flüchtenden im Mittelmeer, für die kein EU-weiter Zusammenhalt bereitsteht, bezweifelt werden. Eine inakzeptable Ungleichbehandlung.
Wer flüchtet, muss geschützt werden – egal wie kulturell nahe wir uns Menschen fühlen. Doch die Junge Union unterstreicht, dass sie wohl nur an sich selbst interessiert ist.

In den turbulenten Jahren, in denen Feine Sahne Fischfilet es bis an die Spitze der deutschen Musikszene geschafft haben, heißt es für Frontmann Monchi immer nur Vollgas. Bis die Band eine Pause einlegt und er zum ersten Mal Ruhe hat, um sich mit sich selbst auseinanderzusetzen. Die Waage verrät ihm, dass die Zeit reif ist: Er wiegt 182 Kilo. Solange er sich erinnern kann, ist Monchi immer an die Grenzen und darüber hinaus gegangen. Als Rampensau und streitbares Sprachrohr für Feine Sahne Fischfilet ist sein Motto: „Alles oder nichts!“ Das gilt allerdings genauso für die unzähligen Abstürze und Vollräusche in Kneipen und auf Tour. Aber nach dem Sprung von der Bühne hat ihn das Publikum ja noch immer aufgefangen, oder nicht? Als es für ihn schon längst normal ist, zu fressen statt zu essen, zu saufen statt zu trinken, beginnt er Gewissheiten und Gewohnheiten zu hinterfragen. Auf Scheitern folgt Verstehen. Er lernt viel über seine eigenen Widersprüche und Macken, über Identität und den Einfluss, den die Gesellschaft auf die Eigenwahrnehmung haben kann.

Monchi beschreibt mit schonungsloser Ehrlichkeit und Selbstkritik, wie er es in nur einem Jahr geschafft hat, über 65 Kilo abzunehmen, und wie ihn der Kampf gegen die Maßlosigkeit seitdem täglich beschäftigt; mit vielen kleinen Erfolgen, aber genauso vielen Rückschlägen. Auf diesem steinigen Weg ist ein besonderes Buch entstanden, das voller faszinierender Gedanken und Geschichten steckt. Monchi trägt sein großes Herz auf der Zunge – und so schreibt er auch!

Einwurf von LINKS

Die Wochenendkolumne von Michael Kraft - jeden Sonntag auf www.die-linke-ldk.de

1914 lässt grüßen: Aufrüstung ohne Ende statt Friedensbekenntnis?

Unglaubliche Szenen spielten sich Ende Februar im Deutschen Bundestag ab. Stehende Ovationen und „Bravo!“-Rufe quer durch das Parlament von SPD bis zur AfD. Bilder, die man aus dem Hohen Haus der deutschen Demokratie sonst nicht kennt. Der Hintergrund dieser Szenerie erklärt, warum die einzige Friedenspartei dieses Landes, DIE LINKE, sich nicht an dieser Jubelarie beteiligte:

Quasi über Nacht hatte die Sozialdemokratie beschlossen, 100 Mrd. Euro für die Rüstung auszugeben! Wie damals, zu Beginn des Ersten Weltkrieges stimmt die SPD für Kriegskredite und die ehemaligen Pazifisten der Grünen gleich mit!

Hintergrund des Ganzen ist, dass seit Beginn des völkerrechtswidrigen Krieges, den Putin gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, kein Tag verging, ohne dass irgendwelche Generäle mit martialischen Worten davon sprachen, wie marode, wie schlecht ausgerüstet die Bundeswehr doch sei.

Militärhistoriker*innen wiederum gaben zum Besten, dass es an der Zeit sei, die Aufgaben der Armee neu zu definieren. Säbelrasseln, Kriegskulisse und Militarismus auf allen Kanälen und dutzenden Sondersendungen fast rund um die Uhr.

Was dabei nicht zur Sprache kam, ist, dass die Bundeswehr bereits vor diesem Beschluss der Ampel-Koalition schon den siebtgrößten Wehretat der ganzen Welt zur Verfügung hatte. Es liegt also ehrlicherweise nicht am Geld, dass die Ausrüstung marode und die Soldatinnen und Soldaten angeblich unterversorgt sind. Es sind Fehler im System, die Beschaffung und die Verträge mit den Rüstungskonzernen, an denen es hapert. Die jedoch lassen jetzt die Korken knallen, deren Aktienkurse schießen durch die Decke.

Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht, dass seit 2014, als noch 32,4 Mrd. für Rüstung ausgegeben wurde, der Etat ständig stieg. Aktuell werden 50,3 Mrd. Euro ausgegeben, und der Kanzler kündigt mit dem Überschreiten der von der NATO gewünschten 2-%-Marke an, dass künftig jedes Jahr mehr als 70 Mrd. in den Rüstungswahnsinn investiert werden sollen. Das Ganze ab 2023 unter Einhaltung der Schuldenbremse – mit dem Wissen, dass für Schulen, Krankenhäuser und Pflege, Infrastruktur und Energiewende schon vor Ende Februar eben kein Geld vorhanden war.

Hermann Schaus
berichtet aus dem Landtag:

Antidiskriminierungsgesetz und der Ukrainekrieg

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

In der letzten Landtagssitzungswoche haben wir anlässlich des Internationalen Tages gegen Rassismus einen eigenen Gesetzentwurf für ein hessisches Antidiskriminierungsgesetz in den Hessischen Landtag eingebracht. Im Bereich des Antidiskriminierungsrechts fällt das Bundesrecht leider immer noch hinter europarechtlichen Vorgaben zurück. Viele dieser Vorgaben können zudem auch nur auf Landesebene umgesetzt werden. Mit diesem Gesetz soll ein Instrument geschaffen werden, um Diskriminierungen, die von staatlichen Stellen ausgehen, zu ahnden. Neben Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen sieht der Gesetzentwurf des Weiteren ein Verbandsklagerecht und die Etablierung einer Ombudsstelle sowie umfassende Maßnahmen zur Förderung einer „Kultur der Wertschätzung von Vielfalt“ vor. Außerdem ist eine Beweislasterleichterung vorgesehen. Der Gesetzentwurf orientiert sich dabei an dem Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz, das nach hitzigen Debatten im Juni 2020 in Kraft trat. Seitdem konnte die dortige Ombudsstelle 684 Beschwerden verzeichnen. Die Beschwerden richteten sich überwiegend gegen die Polizei, Bezirksbürgerämter, Jugendämter, aber auch Schulen. Die meisten Vorfälle löst die Berliner Ombudsstelle allerdings zur Zufriedenheit der Betroffenen, ohne dass ein gerichtliches Verfahren angestrebt wird.

Darüber hinaus war der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine auch im Landtag Thema einer Regierungserklärung und einer ausführlichen Diskussion. Darin vertraten wir die Position, dass der Krieg in der Ukraine durch nichts zu rechtfertigen ist. Die Begründungen des russischen Präsidenten Putin für diesen Krieg fußen auf Lügen und müssen als Propaganda zurückgewiesen werden. Wir kritisieren allerdings - wie viele andere - die geplante, massive Hochrüstung der Bundeswehr, da sie weder den Menschen in der Ukraine hilft, noch angemessen ist. Wir haben darauf hingewiesen, dass bereits jetzt die Rüstungsausgaben aller 30 NATO-Staaten zusammen die jährlichen russischen Ausgaben um fast das Zwanzigfache übersteigen!

Dieser fürchterliche Krieg in der Ukraine kann die von Bundeskanzler Scholz vorgestellte radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen!

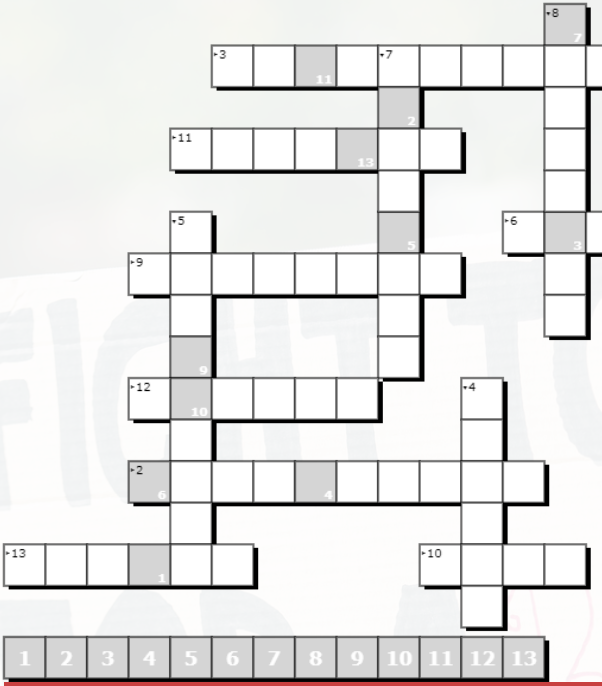
Sie haben ein Anliegen?

Kontaktieren Sie mich gerne über meinen Wahlkreismitarbeiter vor Ort Tim Zborschil: kontakt@tim-zborschil.de

Wahlkreisbüro: Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar

geöffnet Mo, Di 11-14 Uhr ; Fr 13-16 Uhr

Gewinne das neue Buch von Gregor Gysi "Was Politiker nicht sagen"



1. Name des LINKE-Kreisvorsitzenden
2. Nördliche Gemeinde im LDK
3. Verfassung der BRD
4. Ortsteil von Lahnau
5. Attraktion im LDK
6. Hauptstadt Georgiens
7. Gemeinde im LDK
8. Farbe
9. Hunderasse
10. Deutscher Philosoph
11. Tier auf Bauernhof
12. Altägyptischer König
13. Metall

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Das Buch wird unter allen Einsendungen verlost. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
Einsendeschluss 17. Juni 2022

Lösungswort per Mail an: kreisverband@die-linke-ldk.de

Mitmachen und einmischen! Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Gegen Waffenexporte und Kriegseinsätze der Bundeswehr. Für mehr Demokratie und eine gerechte Verteilung des Reichtums.

Einmischen! Mitmachen!

Interesse? Schreiben Sie uns eine E-Mail an kreisverband@die-linke-ldk.de
oder kommen Sie einfach mal vorbei. Unser Büro ist jeden Wochentag besetzt!

Sie finden den Lahn-Dill-Kurier gut und möchten uns unterstützen? Gerne können Sie mit einer kleinen **Spende** dazu beitragen, dass unsere künftigen Auflagenzahl größer wird!

DIE LINKE. KV Lahn-Dill
Sparkasse Wetzlar
IBAN: DE69 5155 0035 0000 046128

DIE LINKE. Lahn-Dill
Friedenstraße 16,
35578 Wetzlar (Nähe Stadthalle)

Öffnungszeiten:
MO, DI, DO: 11 bis 14 Uhr
MI: 11 bis 17 Uhr
FR: 13 bis 16 Uhr

Mehr Infos und aktuelle News immer auf unseren Kanälen:

@linke_lahndill @DIE.LINKE.LDK www.lahn-dill-kurier.de

Impressum:
DIE LINKE. Lahn-Dill
V.i.S.d.P. Tim Zborschil
Friedenstraße 16, 35578 Wetzlar